Gesellschaft für bedrohte Völker sorgt sich um Christen im Sudan

2. Februar 2017

Göttingen (KNA) Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) wirft dem Sudan vor, Christen aufgrund ihres Glaubens zu diskriminieren und in ihrer Religionsfreiheit zu verletzen. „Wir sind erschüttert über einen unfairen Gerichtsprozess und hohe Gefängnisstrafen gegen drei Christen, die sich nur für mehr Religionsfreiheit in dem überwiegend muslimischen Staat eingesetzt haben“, erklärte GfbVAfrikareferent Ulrich Delius am Mittwoch in Göttingen. Laut Menschenrechtsorganisation wurden am vergangenen Sonntag der tschechische Filmemacher Petr Jasek in einem Spionageprozess in Khartum zu lebenslanger Haft und der sudanesische Pastor Hassan Abdelrahim Kodi sowie der Konvertit Abdelmoneim Abdelmoula zu jeweils zwölf Jahren Gefängnis verurteilt. Die Verurteilten seien unter anderem beschuldigt worden, das Ansehen des Sudan durch kritische Berichte über die Lage der Christen beeinträchtigt zu haben. Die nun verurteilten Christen seien im Dezember 2015 nach ihrer Teilnahme an einer Konferenz in Äthiopien festgenommen worden, bei der sie öffentlich die Lage der Christen im Sudan kritisierten. Der im August 2016 begonnene Prozess gegen die Beschuldigten sei von vielen Regelverstößen gekennzeichnet gewesen. Ein zunächst ebenfalls mitangeklagter sudanesischer Pastor sei am 2. Januar 2017 mangels Beweisen freigelassen worden. „Mit großer Besorgnis verfolgen wir auch jüngste Berichte von Pastoren, die vor der drohenden Zerstörung von 25 Kirchen in Khartum warnen“, erklärte Delius. Kirchengemeinden unterschiedlichster Konfessionen in den nördlichen Vororten der sudanesischen Hauptstadt seien in den letzten Tagen über den bevorstehenden Abriss offiziell von den Behörden informiert worden. Im Sudan gibt es nach Angaben der GfbV seit Jahren Streit um den Neubau und die Erhaltung von Kirchengebäuden. Der Bau neuer Kirchen werde oft verweigert. Christen stellten nur drei Prozent der Bevölkerung des Landes. (KNA – rkmkl-89-00121)

Stand: 13. November 2026